

1920

Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 10

Das Blatt erscheint monatlich.
Abonnementpreis Nr. 1,50 pro Monat.
Satzung und Satzungsumfrage Nr. 25,
Gesamtausgabe J. Januar-Nr. 10, 1920.

Hamburg, den 6. März 1920

Anzeigen kosten die freigesparte Nummernreihe oder deren Raum 50 pf. über Betrag, in dem vorher eingestanden. Verbandsanzeigen kosten 25 pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Eine tiefschmerzliche Mitteilung haben wir unseren Mitgliedern bekanntzugeben: unser lieber Kollege Heinrich Wentler ist am 27. Februar plötzlich und unerwartet aus unserer Mitte gerissen worden. Zu der am 28. Februar tagenden Beiratssitzung in Hannover hatte er noch einige geschäftliche Angelegenheiten zu besorgen; unterwegs fühlte er sich plötzlich unwohl, eine Herzähmung setzte seinem arbeitsreichen Leben ein allzufrühes Ende.

Noch können wir es kaum fassen, daß unser allbeliebter Kollege Wentler, der nahezu ein Menschenalter der Hauptklassierer unseres Verbandes war, nicht mehr unter uns sein soll. Wohl hat der durchbare Krieg bei einst so kräftigen, rüstigen Mann schwer mitgenommen, aber es schien doch, daß er sich wieder langsam von den Folgen der Hungerblödade erholt, wie er denn auch bis zur letzten Stunde pflichtgetreu auf dem Posten war, seine Kräfte den Diensten der Organisation widmete.

Kollege Heinrich Wentler war am 21. Dezember 1860 zu Schulenburg in Hannover geboren. Nach seiner dreijährigen Militärdienstzeit in Berlin trat er 1881 dem dortigen Fachverein der Maler bei. Seit 1. April 1890 ist er ununterbrochen Hauptklassierer des Ver-

bandes. Vor 5 Jahren konnte er sein fünfundzwanzigjähriges Verbandsjubiläum feiern. Die damals eingegangenen Gratulationen aus allen Gauen Deutschlands zeigten aufs deutlichste, welch unbegrenztes Vertrauen er bei den Mitgliedern genoß. Seine Gewissenhaftigkeit, seine Umsicht bei allen ihm obliegenden Angelegenheiten war ja auch zur Genüge bekannt; wir werden immer vergessen, wie er sein schweres Amt verwaltete, wie er stets um das Wohl des Verbandes besorgt war, was er in den langen Jahren des Aufstiegs und der Entwicklung unseres Verbandes persönlich geleistet hat.

Trauernd stehen wir mit seinen Angehörigen an seiner Bahre. Tiefer ist der Schmerz um den Verlust, der uns so hart betroffen. Doch der Gedanke an den Verstorbenen soll uns immerdar antreiben, ihn im besten Sinne dadurch zu ehren, daß wir uns geloben, unermüdlich in dem Sinne weiterzuarbeiten, wie es unser lieber Freund Jahrzehntlang im Interesse der Organisation getan hat. Sein Andenken wird in der Kollegenschaft des Malergewerbes unantastbar sein und sein Name in der Erinnerung fortleben, wo man der Besten gedenkt, die für unsern Verband gewirkt und gekämpft haben.

Richtlinien zu den Wahlen für die Betriebsräte.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat für die Wahlen den Betriebsräten folgende Richtlinien beschlossen:

1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben in weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, ob bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen Betriebsräten, Betriebsobmännern, Betriebsausschüssen, Betriebs- und Angestelltenräten und Gesamtbetriebsräten möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb, Prinzip aller Gewerkschaften des A. D. G. B. ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe zu machen, ist für die Wissenswerte der Betriebsräte, die eine rein praktisch-wirtschaftliche sein soll, und für die wirtschaftlichen Arbeiterinteressen höchst nachteilig. Die Gewerkschaften erfüllen, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Versammlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzurufen. Bei Veröffentlichungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedenen Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. B. (Gewerkschaftskartell) getroffen. Dieser verständigt sich mit den Beträcht kommenden Einzelgewerkschaften über die in einem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Agitation, gibt die Drucksachen heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, sollen die daselbst dominierenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlkreis.

5. Bei besonders gelegerten Berufsverhältnissen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Berufe zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammensetzen mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig. Wahlblättern mit andern Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortsstellen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der auch unsere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlumstimmungen auszuschließen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmögliche Wählerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen zerstört wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongressbeschluße.

8. Die Auflistung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenauflistung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören oder, wenn sie Angestellte sind, einer der Afa angehörenden Organisationen. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden.

Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste diesen Grundsätzen entsprechend aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist jedoch, daß die Auflistung der Kandidaten erfolgte ohne Rücksicht auf ihre

politische Ansicht und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber genötigt wurden, wie sie sich zur Käteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Frage stellen.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Beitragserhebungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versiehen.

Entwicklung unseres Kleingartenwesens.

Eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen im gegenwärtigen Deutschland ist die Entwicklung unseres Kleingartenwesens. Die ja namentlich während des Krieges und seitdem inächtig angewachsenen Bestrebungen, den zusammengedrängten Mäzen der städtischen Bevölkerung wenigstens auf dem Wege der Kleingartenkolonien wieder eine Verbindung mit der Natur, ein städtische Lebensfreude und Gesundheit und einen Beitrag zur städtischen Erholung zu verschaffen, können in der Tat auf städtische Erfolge zurückblicken. Der Deutsche Verein für Wohnungswesen, Berlin-Schöneberg, eine Steinstrafe Nr. 4, der diese Bestrebungen schon wiederholte gefördert hat, gibt jetzt in der neuesten Nummer seiner "Mitteilungen" durch einen Artikel von Diplom-Ingenieur Oster, Frankfurt a. M., einen interessanten Überblick über das Wachstum und die Festigung des Kleingartenwesens in unsern großen Städten. Der Artikel gibt namentlich einige wichtige Zahlenangaben auf Grund einer Umfrage, die vor kurzem das statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. vornahm. Danach kann in 27 großen Städten, die gezeigt haben, die Gesamtzahl der Kleingärtner gegenwärtig auf rund 300 000 geschätzt werden; ob und insbesondere in dieser Zahl etwa auch eine Anzahl Inhaber von Häusgärten mit beigegeben sind, muß allerdings dahingestellt bleiben. Von diesen 300 000 Kleingärtnern wurden insgesamt 10 500 Hektar, das sind über 100 Quadratkilometer, bebaut. Einzelne Städte zeichnen sich durch besonders große Ziffern aus. So bei Beispiel Altona rund 10 000 Kleingärtner und 380 Hektar bewirtschaftetes Gelände. Berlin (anscheinend ohne die Vororte) 48 000 Kleingärtner und 1450 Hektar. Bremen 25 000

Kleingärtner und 1800 Hektar, Hamburg 30 000 Kleingärtner und 1200 Hektar, Frankfurt a. M. 12 000 Kleingärtner und 400 Hektar, hier 26 000 Kleingärtner und 1000 Hektar, Ulmberg 10 000 Kleingärtner und 170 Hektar. Die Durchschnittsgröße des von einem Tätigen Kleingärtner bewirtschafteten Betriebes beträgt 200 bis 300 Quadratmeter. Sehr groß ist auch das Wachstum der Vereine und Verbände der Kleingärtner, das gab in den 87 großen Städten rund 900 solche Vereine, in denen 91 000 Kleingärtner organisiert waren; 1910 waren es erst 21 500 und 1900 gar erst 8200!

Auch die innere Entwicklung des Kleingartenwesens zeigt sich in gänzlichem Maße, und besonders bemerkenswert ist die starke Ausweitung des Kleingartenbaus durch die Kommunalverwaltungen. An rund einem Fünftel der 87 großen Städte betrieben Vereine-Mustergärten, in einigen Städten auch städtische Mustergärten. In 18 der Städte sind Vereinsberatungskommissionen für das Kleingartenwesen vorhanden, in 17 gemeindliche Beratungskommissionen; eigentliche Kleingartendienste bestehen in 12 Städten. Fast in allen höheren Städten erhalten die Kleingartenbestrebungen finanzielle Beihilfen, teils in Form von geldlichen Zuweisungen, teils durch Überlassung von Land unter sehr entgegenkommenden Bedingungen.

Besonders wichtig für das Kleingartenwesen ist natürlich die Landfrage. Nach einer Umfrage, die vor eben genannte Herr Sutter bereits 1905 bei einer Reihe größerer deutscher Städte machte, ergab sich, daß der Bedürfnis nach Kleingärten fast überall so groß war, daß er sich auch nicht unbedingt befriedigen ließ. Man darf die Hoffnung hegen, daß das seitdem durch die allgemein dem Kleingartenwesen zugeteilte Förderung besser geworden ist. Eine größere Zahl Städte geben sogenanntes Dauergelände ab, daß also auf längere Fristen verpachtet wird. Viele Städte sind bereits dazu übergegangen, oder sind im Begriffe, Kleingartenbaublätter als feste, dauernde Bestandteile in die Bebauungspläne aufzunehmen.

Die ganze Entwicklung zeigt, daß die alte, gute Eigenschaft des deutschen Volkes, die hingebende Liebe zum Boden und zu seiner Bearbeitung, noch nicht erschöpft ist, sondern in zeitgemäßster Form fröhliche neue Triebe hervorbringt. Nach Lage der ganzen Verhältnisse ist anzunehmen, daß eine weitere starke Entwicklung des Kleingartenwesens erfolgen wird. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung — einmal an sich, dann aber auch, weil auf diesem Wege allmählich wieder eine Gewöhnung der städtischen Bevölkerung an Land- und Gartenarbeit erfolgt und damit diese Bevölkerung tauglicher wird für das wahrscheinlich doch in erheblichem Grade notwendige Aufstreben aufs Land.

Die Pflicht zum Gewerkschaftskampfe.

Viele unserer Arbeitsbreiter sind uns zu Kampfgenossen geworden in unsern Gewerkschaftskämpfen. Vertreter ist uns ihre Mitgliedschaft. Nur die Stärke bringt den Sieg. Macht steht heute gegen Macht, und der triumphiert, der die größte Macht hinter sich hat. Und darum gehört zur Macht auch das Ringen um Macht, der starke Drang, an Macht zu wachsen. Und das zeigt uns, daß die Mitgliedschaft uns nicht allein genügt. Nur der ist in vollem Werte ein Mitglied des Kampfverbandes, der zur Macht drängt, der ringt, daß die Macht des Verbandes auch zur triumphierenden Macht werde. Das ist die große gewerkschaftliche Treue, die da drängt und sehnt und kämpft für den gewerkschaftlichen Kampfverband.

Und dazu ist notwendig, daß der gewerkschaftliche Gedanke nicht nur im Hirn seines Sitz hat, sondern auch im Herzen. Das ist die große, gewaltige Macht, deren Wurzeln aus dem Herzen heraus das Leben saugen und den Kampfesmut und den Sieg. Alles wahrhaft Große erwächst nur aus dem Herzen. Mit einer heiligen Liebe muß der einzelne sich hineinversetzen suchen in die Idee seines Kampfes, diese Idee, die ihm und allen Brüdern die Arbeitsfreiheit erkämpfen will. Solche Glut, die einc zündet, die entflammt auch den stärksten, die es schmiedet alle zusammen zur innigsten Einheit.

Ein erhobenes sittliches Glück erstrebt der gewerkschaftliche Kampf. Wie kann es da anders sein, als daß ein proletarisches Herz da nicht in den tiefsten Tiefen aufgerüttelt wird, wenn es sich versetzt in diese Idee des Bruderkampfs. Warm wird jeder im Kampf, voll heiligen Feuers, wenn er den Kampf nur erst einmal begonnen, die Lust gefestet, das Glück des freudigen Strebens gefühlt hat. Und darum sollten so viele, die heute noch abseits vom lebendigen Wege des frohen Strebens zur Sonne sitzen, beginnen. Dann dringt der Geist des Ringens von selber ein in die Tiefe und macht voll Wonne das Herz und voll Seele den Kampf und voll Glück das Leben. Dann fühlt der Kämpfer schon heute einen Hauch jenes kommenden neuen Menschenbilds: daß Glück nur möglich ist in der einggenden Brudergemeinschaft, die die Herzen all der Glieder mit Seele, Leben, Liebe erfüllen.

Aus unserem Beruf.

Augsburg. Am 17. Januar tagte im Verbandslokal „Witzelbacher Hof“ unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Biswanger, gab einen Überblick über die Entwicklung der Filiale. Mit der Entlassung aus dem Heeresdienst hatten wieder viele Kollegen den Weg zu ihrer Organisation gefunden. Am Schlusse des Jahres 1918 waren es nur 86 Kollegen. Das Jahr 1919 brachte uns einen erfreulichen Zuwachs. Der jetzige Mitgliederstand ist 212 Kollegen. Durchschnittlich betrug die Mitgliederzahl pro Quartal 180, der Zugang pro Quartal 44. Es sind aber leider die Kollegen hier noch nicht restlos organisiert. Im Laufe des Jahres müssten wir mehrmals Teuerungszulagen fordern, die immer mit Mühe erzielt werden müssen. Der Lohnzettel für Augsburg betrug Anfang des Jahres 1,35 M. und konnte bis Schluss des Jahres auf 2,35 M. gebracht werden. Aber die stetig steigenden Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände veranlaßen die Kollegen, neuerdings eine Teuerungszulage von 3,00 M. pro Stunde zu fordern. Diese wurde aber von den höchsten Dienststellen erstritten, da die zentralen Verhandlungen in Berlin abgewartet werden sollen. Das Filialvermögen

betrug am Schlusse des Jahres 782,78 M. Die Gesamt-einnahmen betrugen 12 249,91 M., die Ausgaben 11 517,15 M. Bei der Neuwahl der Verwaltung, deren Tätigkeit von der Versammlung lobend anerkannt wurde, ging als erster Vorsteher wieder Kollege Biswanger hervor. Weiterer Vorsteher wurde Kollege Horner. Die Stelle als Kassierer nahm freiwillig Kollege Simon an. Als Schriftführer wurde Kollege Merkl gewählt. Beifahrer sind die Kollegen Dubler und Gemminger. Vorstehoren die Kollegen Unger und Schuster. Als Betriebsrat wurde Kollege Kühl gewählt. Unter anderm wurde ein Agitationskomitee bestimmt, zu dem 10 Kollegen berufen wurden. Am Schlusse der Versammlung richtete der Vorstehende an die anwesenden Kollegen die Bitte um festen Zusammenhalt und fleißige Organisationsarbeit.

Stettin. (Vahrbeiterisch.) Vereint und den aus dem Kriege zurückgekehrten Kollegen kann unsere Filiale wiederum auf 1 Jahr gewerkschaftliches Tätigkeitsjurisdiktionsrecht verlängern. Es war schwer, mit den wenigen am Orte verbliebenen Kollegen während des Krieges die Verbands-Gewalt der Filiale aufrechtzuhalten. Es nun auch manches im vergangenen Jahre nicht nach den Wünschen einzelner Kollegen ausgefallen, so kann doch mit Besiedigung Vollgenheit werden, daß nichts untersucht geblieben ist, um die Berufs- und Lebenslage unserer Kollegen am Ort erträglich zu gestalten. Auch ist es mit Freuden zu beglücken, daß die Kollegen, die sich in den früheren Jahren nicht zu der Orientierung durchringen konnten, unsern Verbänden beigetreten, heute mit uns vereinen möchten, und so wollen wir wünschen und hoffen, daß sie mit unseren älteren Kollegen aufrichtig und würdig Kämpfer unserer Organisation werden und bleiben, zum Wohl ihrer eigenen und unsern allgemeinen Interessen. Da auf der ordentlichen Generalversammlung im Januar des Jahresbericht noch wegen einer andern wichtigen Angelegenheit zurückgestellt werden mußte, wurde er nunmehr vom Vorstehenden in der am 16. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung gegeben. Kollege Drescher gab zunächst einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung und des gesamten Vereinslebens im vergangenen Jahr. Es fanden 18 Versammlungen, davon 4 außerordentliche Mitgliederversammlungen statt. Der Besuch war im Durchschnitt ein minimaler, trotzdem vielfach Punkte auf den Tagesordnung standen, die tatsächlich von unsern Kollegen mehr Aufmerksamkeit und Interesse verdient hätten; die höchste Teilnehmerzahl wies die Juniorsammlung mit 150 Kollegen auf. Aktuelle, aufklärende und belehrende Vorträge wurden gehalten. Horner hielt eine größere Versammlung der Pächterersktion statt, die sich hauptsächlich mit der Pächterkonferenz in Hannover und der Delegiertenwahl beschäftigte. Letzter muß hierbei bemerkt werden, daß unsere Pächter hier am Ort ihrer Sektion immer noch zu geringes Interesse entgegenbringen, auch die Versammlungen schlecht besuchten. Sitzungen fanden indes am 9. Februar statt; außerdem tagten 2 Karnevalssitzungen, die die Regelung der Sommerarbeitszeit zu erledigen und eine Klagesache wegen vorenthaltenen Gehalts zu entscheiden hatte. Gleichzeitig wurde die Winterarbeitszeit wie folgt festgelegt: Von 1. November bis 1. März 7½ Stunden, täglich von 8 bis 4 Uhr mit ½ Stund Mittagspause. — Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand am Jahresende 1918 297 Kollegen, neu aufgenommen wurden 929, am Jahresende 1919 gaben 468 Mitglieder. Unsere frühere Sektion Gollnow wurde zu 2 Kollegen wieder errichtet, neu gegründet wurde Scharpen mit 21 Kollegen und Vorpommern mit 22 Kollegen. Durch Scharpen anderer Betriebsgruppen wurden insgesamt 8 unserer Kollegen bei der Firma Südhütte (Küchenmöbelfabrik) und 2 Kollegen ähnlich bei Straßenbahnerstrecke in Wittenbergschaft gegeben. Die Lohnbewegung unserer Kollegen bei der Firma Pkw (Wagenfacherei) fand ihre friedliche Lösung, indem die Forderungen restlos bewilligt wurden. Horner sei noch erinnert, daß die kandidaten Wahlen zum Gehilfenausschuß und dem Resultat endeten, daß sämtliche Funktionen von unsern Kollegen besetzt wurden. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der Kollegen Drescher als Vorsteher und Gemilo als Schriftführer. Neu gewählt wurde Kollege Rieckbusch als Kassierer. Obgleich nun das kommende Jahr bei festem Zusammenhalt und reger Mitarbeit eines jeden einzelnen Kollegen und nüchternem beispielhaftem und unserer gesetzten Zielen näher bringen, zum Wohl der Allgemeinheit.

W. S.

Mitgliederversammlungen sollen die alten Mitglieder bitten, die jüngeren Mitglieder aufzuladen und sie zu tüchtigen Mitarbeitern auszubilden. Unter der Devise „Alui, für neuen Agitation“ haben wir das Jahr 1920 angetreten, hoffen, daß auch dieses Jahr weitere Erfolge für die Organisation zeitigen mögen und wie am Jahresende feststellen können, daß noch Kollegen weiter nicht in Riet vorhanden ist. Darum ist jeder Kollege in der Agitation seine Pflicht, dankt ihm die zu leistende Arbeit nur eine geringe und doch so folgerichtige.

Leipzig. (Vahrbeiterisch.) Vereint und den aus dem Kriege zurückgekehrten Kollegen kann unsere Filiale wiederum auf 1 Jahr gewerkschaftliches Tätigkeitsjurisdiktionsrecht verlängern. Es war schwer, mit den wenigen am Ort verbliebenen Kollegen während des Krieges die Verbands-Gewalt der Filiale aufrechtzuhalten. Es nun auch manches im vergangenen Jahre nicht nach den Wünschen einzelner Kollegen ausgefallen, so kann doch mit Besiedigung Vollgenheit werden, daß nichts untersucht geblieben ist, um die Berufs- und Lebenslage unserer Kollegen am Ort erträglich zu gestalten. Auch ist es mit Freuden zu beglücken, daß die Kollegen, die sich in den früheren Jahren nicht zu der Orientierung durchringen konnten, unsern Verbänden beigetreten, heute mit uns vereinen möchten, und so wollen wir wünschen und hoffen, daß sie mit unseren älteren Kollegen aufrichtig und würdig Kämpfer unserer Organisation werden und bleiben, zum Wohl ihrer eigenen und unsern allgemeinen Interessen. Da auf der ordentlichen Generalversammlung im Januar des Jahresbericht noch wegen einer andern wichtigen Angelegenheit zurückgestellt werden mußte, wurde er nunmehr vom Vorstehenden in der am 16. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung gegeben. Kollege Drescher gab zunächst einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung und des gesamten Vereinslebens im vergangenen Jahr. Es fanden 18 Versammlungen, davon 4 außerordentliche Mitgliederversammlungen statt. Der Besuch war im Durchschnitt ein minimaler, trotzdem vielfach Punkte auf den Tagesordnung standen, die tatsächlich von unsern Kollegen mehr Aufmerksamkeit und Interesse verdient hätten; die höchste Teilnehmerzahl wies die Juniorsammlung mit 150 Kollegen auf. Aktuelle, aufklärende und belehrende Vorträge wurden gehalten. Horner hielt eine größere Versammlung der Pächterersktion statt, die sich hauptsächlich mit der Pächterkonferenz in Hannover und der Delegiertenwahl beschäftigte. Letzter muß hierbei bemerkt werden, daß unsere Pächter hier am Ort ihrer Sektion immer noch zu geringes Interesse entgegenbringen, auch die Versammlungen schlecht besuchten. Sitzungen fanden indes am 9. Februar statt; außerdem tagten 2 Karnevalssitzungen, die die Regelung der Sommerarbeitszeit zu erledigen und eine Klagesache wegen vorenthaltenen Gehalts zu entscheiden hatte. Gleichzeitig wurde die Winterarbeitszeit wie folgt festgelegt: Von 1. November bis 1. März 7½ Stunden, täglich von 8 bis 4 Uhr mit ½ Stund Mittagspause. — Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand am Jahresende 1918 297 Kollegen, neu aufgenommen wurden 929, am Jahresende 1919 gaben 468 Mitglieder. Unsere frühere Sektion Gollnow wurde zu 2 Kollegen wieder errichtet, neu gegründet wurde Scharpen mit 21 Kollegen und Vorpommern mit 22 Kollegen. Durch Scharpen anderer Betriebsgruppen wurden insgesamt 8 unserer Kollegen bei der Firma Südhütte (Küchenmöbelfabrik) und 2 Kollegen ähnlich bei Straßenbahnerstrecke in Wittenbergschaft gegeben. Die Lohnbewegung unserer Kollegen bei der Firma Pkw (Wagenfacherei) fand ihre friedliche Lösung, indem die Forderungen restlos bewilligt wurden. Horner sei noch erinnert, daß die kandidaten Wahlen zum Gehilfenausschuß und dem Resultat endeten, daß sämtliche Funktionen von unsern Kollegen besetzt wurden. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der Kollegen Drescher als Vorsteher und Gemilo als Schriftführer. Neu gewählt wurde Kollege Rieckbusch als Kassierer. Obgleich nun das kommende Jahr bei festem Zusammenhalt und reger Mitarbeit eines jeden einzelnen Kollegen und nüchternem beispielhaftem und unserer gesetzten Zielen näher bringen, zum Wohl der Allgemeinheit.

Jahresbericht der Filiale Leipzig.

Ein Jahr des Aufbaus und des Ringens liegt hinter uns. Die durch den langjährigen Krieg verbliebene Trümmer der Organisation mußten neu gesammelt und neue Bausteine hinzugefügt werden, um wieder ein Organisationsgebäude aufzurichten zu können, das unsern Bedürfnissen entspricht. Grundverschieden von allen früheren Jahren in bezug auf die zu erfüllenden Aufgaben, war auch völlig anders gearbeitet in bezug auf die Agitationsmöglichkeiten. Während in früheren Jahren die Organisation sich Schritt für Schritt weiter entwickelt und zu Beginn von Lohnbewegungen ein starkes Unschwanken der Mitgliederzahlen zu verzeichnen war, war mit Beginn der politischen Umwälzung ein starkes Vorausdrängen eingetreten, wie wohl selten zuvor. Trotz der Mitgliederzahlen bei Beginn des Krieges 1914, so war sie bei dessen Beendigung auf 198 gesunken und am Jahresende 1918 bereits auf 426 angewachsen, mit Einschluß von 128 vom Militär durückgeführter. Um Schlus des Jahres 1919 waren gegenüber 1915 Mitglieder im Filialgebiet vorhanden. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr 1919 266 Mitglieder, eine Zahl, wie sie noch nie in früheren Jahren, selbst bei den größten Lohnkämpfen, nicht erreicht worden ist. Wesentlich gefordert wurde die Agitation im Filialort Leipzig durch die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachmittages für unser Gewerbe. Seine Führung wurde auf unsern Antrag der Organisation übertragen, und war uns durch eine Kontrolle über die bisher Indifferenzen ermöglicht wie nie zuvor. Hierbei zeigte es sich auch, daß die Zahl der Organisationsfähigen bedeutend größer war, als bisher angenommen wurde und demgemäß ein viel größeres Agitationsfeld zur Verfügung stand als wir glaubten. Die Ausschaltung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung für unsere Verlustkollegen wurde gleichfalls dem Verband übertragen, es wurden durch uns für diesen Zweck 472 466,61 M. ausgezahlt. Diese Zahl zeigt in wie ungemeinem Maße die Folgen des Krieges auf unsere Kollegen lasten. So hatten wir auch im ganzen Berichtsjahr von allen Berufen Leipzigs fast ständig die höchste prozentuale Arbeitslosenziffer. Selbst in den besten Monaten des Jahres, in denen sonst ein Mangel an Arbeitskräften zu

gezeichneten war, hatten wir 25 bis 30 % Arbeitslose. Gegen Ende im Herbst- und Wintermonaten ließ sie auf 40 % steigen. Stellt man dabei die in der Industrie Beschäftigtenrechnung, so ergibt sich eine Arbeitslosenziffer bis zu 50 %. Daß dieser Umstand ungünstig auf den Verlauf der Sohnbewegungen einwirkt, ist ohne weiteres klar. Zugleich kommt, daß für Leipzig kein eigentlicher Tarifkontrakt vorhanden war. Der einzige so solche Arbeitgeberverband ist auch ein Opfer des Krieges geworden und waren mit dem sächsischen Meiste vorhanden, ebenso war es mit dem Bund sächsischer Dekorationsmaler. Allerdings hatte die Malerunion beim Tarifabschluß 1918 den damaligen Vereinbarungen ihre Zustimmung gegeben und auch bei einer im Mai von uns beantragten Lohnzehrung sah auf den ersten Blick berufen, als jedoch im Mai eine weitere Lohnzehrung eintreten sollte, besannen sich die Herren auf, daß sie gar keine Reichstarifkontrahenten seien. Das Oberverwaltungsgericht, das mit Ausnahmefürsprache entschied, schlägt sich zu einer Urteilsfassung nicht für kommt, zunächst sollte die Schiedskommission entscheiden, ob Leipzig unter den Reichstarif falle. Auf diese Erklärung haben wir bis heute vergebens gewartet. Trotz allem ist es uns gelungen, die für das Reich geltenden Leuerungszulagen, hin auch mit mehrwöchigen Verspätungen, zur Durchsetzung zu bringen, da schließlich auch die Arbeitgeber sich einstimmig nicht verpflichten konnten, daß die Verhältnisse unseres Berufes die denkbare traurigsten sind. Wie blieben jedoch mit unseren Löhnen den im übrigen Baugewerbe beschäftigten gegenüber ständig zurück. Die Ursache ist kein zu suchen, daß Maurer und Zimmerleute im letzten halbjahr voll beschäftigt, teilweise sogar um Mangel an Arbeitskräften zu verzweigen waren. Darauf ist angemerkt, daß auch die nächste Zukunft eine Verbesserung der Konjunktur für unsere Kollegen im Baugewerbe bringt, die wir nicht ungenutzt verstreichen lassen werden. Am Beginn des Jahres betrug der Stundenlohn 8,00 M., so daß trotz der Schwierigkeiten, die sich uns entgegentestellten, auch in den meisten Städten Deutschlands gleichsam Schritt gesessen haben.

Waren in Leipzig in Bezug auf den Stand der Organisation die Verhältnisse die denkbare Idiotischen, so war in den Zahlstellen das Verbandsleben ebenfalls fast gänzlich vorüber. Von 18 Zahlstellen bei Beginn des Krieges waren nur noch Brix, Döbeln und Grimma vorhanden. Diesem Zustand entsprechend herrschte in der Entlohnung eine wilde Anarchie. Nachdem wir erneut in den Zahlstellen festen Fuß gesetzt hatten, gelang es uns, schnell Ordnung in das Arbeitsverhältnis zu bringen. Von den uns geschlossenen Zahlstellen fällt nur Brix unter den Reichstarif. In Meißenwohl, wo vor dem Kriege der letztere ebenfalls Geltung hatte, besannen sich die Arbeitgeber erst auf diesen, als die Kollegen mit Arbeitsniederlegung drohten. bisher wußten die dortigen Arbeitgeber weder etwas von Leuerungszulagen noch von Lohnausgleich. Die Bemühungen des Bezirksteiters Müller-Gera, vom Arbeitgeberverband, der uns klar machen wollte, daß wir Tarifbruch begingen, wenn wir an unsern Forderungen festhielten, weiteren waren, daß die Arbeitgeber diesen Tarifbruch nicht begangen hatten, indem sie ohne Rücksicht auf die sächsischen Bestimmungen willkürliche Löhne zahlten. Es wurde ein Sondertarif abgeschlossen, der den Kollegen wesentliche Vorteile brachte.

Zu kurzen Arbeitsniederlegungen kam es in den Zahlstellen Borsig und Oschatz. In Oschatz hatten die Arbeitgeber die Forderungen der Gehilfen glatt abgelehnt. Nachdem es zum Streit gekommen war, mußten sie einen Tarifabschluß, der um 20 % höher war als die gestellten Forderungen. Dieses Resultat dürfte in Zukunft eine gesame Lehre für die dortigen Arbeitgeber sein. Im Innungsbezirk Döbeln gelang es uns in diesem Jahre zum ersten Male seit Bestehen der Zahlstelle, einen Tarif zum Abschluß zu bringen. Bisher waren vor dem Kriege, trotzdem die Zahlstelle zu den ältesten unserer Filiale gehört, alle unsere Bemühungen in dieser Richtung erfolglos geblieben. Trotz gesetzlicher Bestimmungen herrschte allgemein bis zum Mai die zehnständige Arbeitszeit, außerdem versuchten die Kollegen durch Pfuschen ihre traurige wirtschaftliche Lage zu verbessern. Durch den Tarifabschluß ist diesem ungewönden Zustand ein Niedergang vorbehalten und ist zu hoffen, daß die Kollegen des Döbelner Bezirks endlich erkannt haben, daß nur in der Geschlossenheit der Erfolg begründet ist. In der Zahlstelle Eilenburg wurde ebenfalls mit energischen Maßregeln gedroht, ehe es gelang, durch tarifliche Vereinbarungen Ordnung in die Lohnzehrung zu bringen. In dieser Zahlstelle wird gegenwärtig der höchste Lohn im gesamten Bezirk abgestellt von 8,00 M. gezahlt. Die Kollegen Eilenburgs haben mit der ganzen Bauarbeiterchaft des Bezirks eine Tarifvereinigung abgeschlossen und werben demgemäß alle Lohnzehrungen im ganzen Baugewerbe gemeinsam durch. In einer Reihe von Tarifverträgen für die Zahlstellen haben wir die Bestimmung, daß wenn im Vertragsbereich die Löhne für Maurer und Zimmerleute steigen, automatisch diese Steigerung auch für unsere Verfassungsangehörigen hat.

Verhältnismäßig leicht war die Durchführung der Tarife in den Zahlstellen Borsig und Grimma. Grimma gehört neuerdings dem Verband sächsischer Malerinnungen an, der bisher die reichstariflichen Bestimmungen anerkannt hat. Im Bezirk Borna ist es uns erst gegen Ende des Jahres gelungen, einen Tarif zur Durchführung zu bringen. Hier hatten sich die Kollegen erst verhältnismäßig spät auf die Organisation besonnen, zu ihrem eigenen Schaden. Die Löhne in den Zahlstellen schwanken gegenwärtig zwischen 2,50 M. und 8,00 M.

In der Industrie waren die Kollegen in den Lackierereien fast ständig voll beschäftigt, da in den meisten Zweigen derselben gute Konjunktur herrschte.

In der Auto- und Zugwagendbranche war fast ständig ein Mangel an Arbeitskräften. Diesem Umstand ist es auch zuwiderrichtet, daß die Löhne dieser Branche mit durchschnittlich 9,50 M. zu den höchsten in unserm Verfassungsgebiet gehören. Gegenwärtig stehen die Kollegen dieses Industriezweiges erneut in einer Lohnbewegung, die dank der

straffen Organisation sicherlich zu einem Erfolg führen dürfte.

In der Möbelindustrie sind ebenfalls mehrfach erfolgreiche Lohnbewegungen gemeinsam mit den in Betracht kommenden Holzarbeitern durchgeführt. Auch in dieser Branche stehen die Löhne der Beschäftigten weit über denen der Baumaler. Bei der Eisenmöbelfabrik von C. Schmidt mußte die Organisation mehrfach vorstellig werden, um den für die Baumaler geltenden Tarif durchzuführen. Auch hier haben die Kollegen durch eine nur wenig Stunden dauernde Arbeitsniederlegung dem Arbeitgeber ihren Willen aufgezwungen. Außerdem hat es die Firma versucht, ihr unliebsame Gehilfen zu entlassen. Der von uns angeführte Schiedsgerichtsentscheid, daß die Entlassungen wieder eingestellt seien, so daß das Vorhaben der Firma erfolglos blieb. In diesem Betriebe sind eine Anzahl Frauen beschäftigt, für die ebenfalls wesentliche Lohnabschleppungen stattgefunden haben. In der Möbelindustrie ist das Organisationsverhältnis, soweit es sich um Großbetriebe handelt, als gut zu bezeichnen, während in einer Reihe Kleinstbetriebe, die schwer zu erfassen sind, noch ein wildes Lohnsystem herrscht.

Die in der Eisen- und Maschinenindustrie beschäftigten Lackierer sind die in der gesamten Lackiererei am schlechtesten bezahlten. Die Ursache hierfür liegt wohl darin, daß hier ein stärklich verworrenes Organisationsverhältnis herrscht. Während ein Teil bei uns organisiert ist, befindet sich ein noch größerer Teil im Metall-, Fabrikarbeiter- und noch einer Reihe anderer Verbände. Unsere Bemühungen, diese Kollegen für uns zu reklamieren, haben uns nur wenig Erfolg gebracht.

In den beiden Kinderwagenfabriken wurden gemeinsam mit den in diesen Betrieben Beschäftigten mehrfach erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt. Auch hier ist das Organisationsverhältnis unserer Kollegen als befriedigend zu bezeichnen und ein Vorschlag dafür, daß das Organisationsverhältnis der Nachhal für den Erfolg ist.

Die Beschränktheit aller Organisationsaufgaben, insbesondere die Arbeitslosenkontrolle und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung macht die Anstellung eines Kollegen durch die Fikale notwendig. Hierzu wurde der Kollege Hell gewählt, der sein Amt am 1. August antretet.

In 48 Vorstands- und 7 erweiterten Vorstandssitzungen sowie in 14 Mitgliederversammlungen wurden die Organisationsfragen besprochen. Außerdem fanden 8 Bezirks- und 1 Arbeitslosen sowie 1 öffentliche Versammlung statt.

51 Werkstattleiterversammlungen wurden vom Vorstand einberufen und 84 mal die Zahlstellen besucht. In einer Sitzungserfung, die von allen Zahlstellen besucht war, wurde der Bericht von der Würzburger Generalversammlung entgegengenommen und die Beitragserhöhung behandelt. Einstimming wurde dieses von allen Delegierten angenommen.

Den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung entsprechend, wurde im November eine Sektion der Lehrlinge gebildet. Bisher sind 46 unserer jungen Betriebstollegen beigetreten und somit etwa zwei Drittel aller in Leipzig vorhandenen Lehrlinge unseres Gewerbes organisiert. Wenn man davon ausgeht, die Meisterföhne zu gewinnen, gewinnt ein schöner Erfolg. Ein Einblick in die Lehrverträge genügt, um zu sehen, wie diese jungen Kollegen von den Arbeitgebern als schamlose Nutznießerschaft betrachtet werden. In einer ganzen Reihe dieser Verträge ist eine wöchentliche Entschädigung von 4,50 M. bis 6 M. festgelegt. Man muß sich wundern, daß es noch älter ist, die einen beträchtigen Vertrag unterschrieben. Dabei entblößt sich ein Teil der in Frage kommenden Arbeitgeber nicht, von diesem „Floskel“ noch Abzug während der Zeit des Fortbildungsunterrichtes oder bei Krankheitsfällen zu machen. Doch in dieser Zeit die Lehrlinge den tauren Sicherheitsmann etwachen müssen, braucht dabei wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dieser neue Anfang des Organisationslebens bietet also Arbeit in Hülle und Fülle, und wird hier mit aller Anstrengung darauf hingewirkt werden müssen, damit die frischesten Mitgläden bestmöglich werden.

Die Facharbeiterverbände gehalten sich entsprechend der gesteigerten Mitgliedszahl erfreulich. Eine Gesamtteilnahme von 77 612,18 M. steht eine Ausgabe von 85 049,84 M. gegenüber, so daß ein Stoffendeck von 18 562,84 M. verbleibt. Überhaupt sind Schulden bei der Hauptklasse in Höhe von 5175,00 M. Das Stoffüberbrückung betrug somit 7387,99 M. am Ende des Jahres gegenüber 2627,99 M. am Jahresbeginn. Insgesamt wurden 89 447 Wettbewerbsmarken in Klasse 901 beitragsfrei Marken abgegeben.

Die um das Vielfache gestiegenen Aufgaben der Organisation konnten nur dadurch gelöst werden, daß ein Teil der Kollegen sich selbstlos und mit Rücksicht aller Kräfte in deren Dienst gestellt haben. Aber noch mancher Kollege steht indifferent und mit verschleinten Armen beiseite und wartet so auf die Erfolge, die die Organisation ihm bringt, und steht sie lächelnd ein. Sollte ihnen nicht manchmal die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn ihnen der Gedanke kommt, daß sie es sind, die als Hindernis dem Aufstieg der Arbeiterklasse im Wege stehen? Diese Leute auf ihre Pflicht, sich selbst und der Allgemeinheit gegenüber außerordentlich zu machen, muß Aufgabe aller organisierten Kollegen sein. Schwere Kämpfe stehen uns sicherlich auch in Leipzig noch bevor; sie fragreich zu bestehen, dazu müssen wir rüsten und den letzten Mann aufzutützen und an seine Pflicht erinnern, eingedenkt des Spruches:

Ein Kopf ist wie vereinigt allein,
ein gewaltiges Meer im festen Verein.
G. Branne.

Lackierer.

Kreisstadt. Bezugnehmend auf den Artikel vom 3. Januar betreffs Streik der Lackierer der Firma Ruh. & Ley, Aktiengesellschaft in Arnstadt, haben die Kollegen bei mehrmaligen Verhandlungen bis jetzt noch nichts erzielt. Weil nun die Herren sich nach wie vor auf den Standpunkt stellen, die Papiere von Meister nicht zu entlassen, haben sich die Lackierer gezwungen, ihre Papiere zu fordern und die Lackiererei für die Zukunft zu sperren. Darum, Kollegen, haltet jeden Zugang fern!

Aus Unternehmertreffs.

Weiterprüfung. Im April wird im Maler- und Webbindertreffwerk Frankfurt a. M. eine Weiserprüfung stattfinden. Die Anmeldungen sind bis spätestens 15. März für Maler an das Handwerksamt und für Webbinderei an Herrn Dr. Rupp, Stadtrat a. D. Dienstwegstr. 22, zu richten. Anmeldebogen sind durch das Handwerksamt zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hält am 5. Mai und folgende Tage in Altenberg einen außerordentlichen Verbandsitag ab. Zur Beratung stehen unter anderem folgende Punkte: Statutenänderung, Akteursystem — Arbeitsgemeinschaft, Abschluß von Reichstarifen, Maßnahmen gegen die Behringerschule, Zusammenschluß zu einem Nahrungsmittelindustrieverband.

Der Graphische Bund. Zur Förderung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten haben die Verbände der Buchdrucker, der Lithographen und Steinindrucker, der Buchbinden und Papierarbeiter und der Buch- und Steinindruckhilfsarbeiter Ende des vorigen Jahres den Graphischen Bund gegründet. Dieser Bund hat zum Zweck die Schaffung eines graphischen Industrieverbands. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll der Bund die beruflichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten der genannten Verbände soweit wie möglich fördern. Die Satzungen des Bundes und der geplanten brüdlichen Kartelle sind von den beteiligten Verbandsvorständen genehmigt worden. Die Verbandsstage der Lithographen und der Buchbinden haben ihre Vorstände bereits beauftragt, für den Zusammenschluß zu wirken. Von den im Mai und Juni stattfindenden Verbandstagen der Buchdrucker und der Buchdruckhilfsarbeiter ist zu erwarten, daß sie sich ebenfalls für eine wirksame Zusammenarbeit nach den im Bundesstatut aufgestellten Grundsätzen erklären. Bis zur Gründung des graphischen Industrieverbands ist die engste Zusammennahme der beteiligten Verbände bei allen gemeinschaftlichen Fragen im Graphischen Bund erforderlich.

In diesem Sinne ist auch ein Mundschreiben gehalten, das der Vorstand des Graphischen Bundes soeben an die Verbandsfunktionäre und die Vorständen der graphischen Kartelle gerichtet hat. Dieses Mundschreiben berichtet von einer am 8. Februar abgehaltenen Sitzung von Vertretern der graphischen Verbände, um die Konstituierung des Graphischen Bundes vorzunehmen. Zum ehrenamtlichen Geschäftsführer des Bundes wurde Geno B. Schmitz (Buchdrucker) gewählt, an dessen Adresse, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, 2. Et., auch alle sonstigen Mitteilungen zu richten sind. Sowohl es nicht schon geschehen ist, ist es an der Zeit, allseits graphische Kartelle zu bilden. Für deren Wirkung sind die vom Bunde festgelegten Sätze maßgebend. Bei besonderen Unfällen werden noch entsprechende Anweisungen ergehen. Da eine über die Sätze hinausgehende Arbeit geeignet ist, die Kräfte auseinanderzutreiben, statt sie zu vereinen, empfiehlt der Bund, nicht über die in den Sätzen gegebenen Grenzen hinauszugehen. Als nächste Ausgabe bezeichnetet das Mundschreiben, daß es in absehbarer Zeit unorganisierte in den graphischen Berufen nicht mehr gibt. Nur können die Kartelle wirksame Arbeit leisten bei der Durchführung der in allen graphischen Berufen neu abgeschlossenen Tarife. Erfolgreiche Arbeit auf diesen Gebieten wird nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken, sondern auch das Auftreten und die Kraft nach außen und gegenüber den Unternehmerorganisationen erhöhen.

Das Mundschreiben wendet sich dann noch zu der großen Ausgabe, die dem Bunde bevorstehen wird, wenn alle Verbandsvorstände mit der nötigen Vollmacht ausgestattet sein werden, und verzweigt dann noch auf die weiteren Ausgaben, die in neuerer Zeit den Gewerkschaften zugewiesen worden sind. Auch zu deren Lösung ist ein eindringliches Zusammearbeiten der vorhandenen Berufsverbände notwendig. Einem solchen Zusammearbeiten sind die Schlussworte des Mundschreibens gewidmet.

Sozialpolitisches.

Die Einführung Schwerfallverleihter und die Berufsgenossenschaften. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen über die Einführung und Beschaffung Schwerfallverleihter und Schwerfallverleihter. Hierin werden die Arbeitgeber verpflichtet, unter Androhung von Strafen bis zu 10 000 M. bei Besiegung von geeigneten Posten Schwerbeschädigte zu bevorzugen. Damit ist endlich auch diesem noch arbeitsfähigen Teil unserer Volksgenossen, der so unendlich viel Schweres in körperlicher und materieller Beziehung durchzumachen hatte, die Lebensicherung gegeben. Der soziale Charakter dieses Gesetzes ist sicher zu begründen. Leider ist eine Bestimmung in dem Entwurf enthalten, die dem Gesetz einen bitteren Beigeschmac verleihen würde, nämlich die, daß den Berufsgenossenschaften die Kontrolle über die Einführung und die Beschaffung übertragen werden soll. Wer die Kämpfe und Streitigkeiten der Unfallverleihter mit den Berufsgenossenschaften — und welcher Arbeiter hätte hieron nicht schon erfahren — weiß, wie die einseitig aus Arbeitgebern zusammengesetzten Berufsgenossenschaften den Interessen der Arbeitsinvaliden entgegenarbeiten. Die Zahl der Invalidenquittungen und Prozesse ist Legion. Die Bedeutungsfrage ist ebenfalls ein heikelmittlerer Punkt, und es darf den Berufsgenossenschaften zu keinen Fall das Kontrollrecht eingeräumt werden. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, sitz Frankfurt a. M. hat in einer ausführlich begründeten Eingabe an Regierung und Nationalversammlung Einspruch gegen die vorgeschlagene Bestimmung erhoben und er richtet an die Gewerkschaften sowie an die gesamte organisierte Arbeiterschaft das Eruchen, ihn in solidarischer Weise in seinem Protest zu unterstützen.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. Wer in Mängeln in sich als Kolonist ansiedeln will, sollte das unter allen Umständen nur dann tun, wenn er über so viel Vermögen verfügt, daß er ein Eigentum erwerben kann, wenn auch nicht sofort, so doch, wenn er sich eingearbeitet hat. Wer sich nur als Pächter ansiedeln kann, gerät, wie aus einem vorliegenden, sehr eingehenden und objektiven Bericht hervorgeht, bei dem Verpächter im Laufe der Zeit so tief in Schulden, daß kaum eine Möglichkeit besteht, jemals wieder aus der Schuhfachwerkschaft herauszukommen. Es liegt dies unfehlbarlich an den Mäerkten, die in Argentinien sehr häufig sind und die selbst den Eigentümern oftmals zwingen, zu Daseins keine Rücksicht zu nehmen.

Für Argentinien erteilt auch Auskunft der „Deutsche Volksbund für Auswanderer“ in Buenos Aires, Calle San Martin 109.

Brasilien. In São Paulo ist eine Einwandererberatungsstelle errichtet worden. Sie befindet sich in São Paulo, Praça, 2000 Wences Nr. 5 und ist mit einem Elektronachweis verbunden. Ihr kaufmännisches Personal und die Ausichten zurzeit sehr schlecht. Wie sehr gegenüber allen nicht absolut sicheren und einwandfreien Angeboten an Auswanderungslustige Vorsicht am Platze ist, lehrt das Schätzchen seiner Auswanderer, die vor einigen Wochen auf eine Urzeige der brasilianischen Regierung hin sich zur Auswanderung entschlossen. Bevor sie an der holländischen Grenzstation sieben Tage auf Schwierigkeiten; mehr als die Hälfte von ihnen mußte auf deutscher Grenzstation zurückkehren und dort wochenlang liegen. Ob sie überhaupt alle später weiterbefördert worden sind, ist nicht bekannt geworden. Wenn das schon möglich ist und müssen, wo es sich um eine doch immerhin von staatlicher Seite veranlaßte Auswanderung handelt, dann kann man daraus schließen, wie es Leuten ergehen kann, die auf eigene Faust oder auf Veranlassung eines der vielen zweifelhaften Auswanderungsunternehmen so folgenschwere Schritte unternehmen.

Dannach dürfte ein direkter Dampfsdienst Hamburg-Brasilien eingerichtet werden.

Chile. Auskunft in Auswandererangelegenheiten wird erzielt vom „Deutsch-Chilenischen Bund“ in Santiago de Chile, Calle de Corrientes 345.

Der „Deutsche Volksbund für Paraguay“ hat seine Auswanderungsstelle in Asuncion, Calle Presidente Franco 28. Die Ausichten für Auswanderer in Paraguay lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Landwirte mit größerem Kapital haben gute Aussichten; solche mit geringerem Kapital können auch vornahme lohnen, müssen dort aber schwerer arbeiten als in Deutschland; Arbeiter und Handwerker haben in geringer Zahl Aussicht, ein bescheidenes Auskommen zu finden. Erweiterung es auf die Regierung des Landes ankommt, ist ihm die vorstehend genannte zweite Kategorie von Einwanderern am wirtschaftlichsten. Handwerker ohne jede Fertigkeit haben keinerlei günstige Aussichten.

Bestreit der Zulassung von Deutschen in englischen Kolonien ist die Bestimmung getroffen worden, daß jeder Deutsche, der darum nachsucht, einen Erlaubnischein vom Konsulat oder dem Kolonialstaatssekretär haben muss. Diese Bestimmung gilt zunächst für 3 Jahre.

Genossenschaftliches.

Zusammensehen von Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaften. Wenn auch allzu langsam, so nimmt doch der Gedanke, die Versorgung der Verbraucher mit Nahrungsmiteln durch Zusammensehen von Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaften regeln zu lassen, festere Gestalt an. Im „Bonnischen Genossenschaftsblatt“ behandelt Dr. Hans Körnemann die Frage: „Staatliche Zwangswirtschaft oder gewerkschaftliche Planwirtschaft?“ Er empfiehlt als wichtigstes Zwangsmittel ein gemeinsames Hand-in-Hand-Arbeiten der Erzeuger und Verbraucher durch fest geflossene Organisationen, um so die engerzige staatliche Zwangswirtschaft durch eine freie, mit einer Überprüfung untersteckende Planwirtschaft abzulösen. Den städtischen Verbrauchern ruft er dabei zu: Warum schließt ihr Städter euch nicht viel mehr als bisher zu genossenschaftlichen Konsumenten zusammen? Er schreibt dann fort:

Die Vorteile eines Hand-in-Hand-Arbeitens von Erzeugern und Verbrauchern sind sehr erheblich. Der ganze Schlechthandel durch Schieber und Bucherer wird ausgeschaltet; als schädliche Zwischenmänner werden gerade sie die Lebensmittelpreise so erheblich. Die Konsumvereine arbeiten billiger als das bisherige System; sie sollten nur so weit durch Aufschläge auf Lebensmittel Gewinn erzielen, als es zur Deckung der Kosten und Bildung von Reserven für etwaige Verluste der Genossenschaft nötig ist. Die Verkaufspreise werden billiger und gleichmäßiger sein, da Konkurrenz- und Spekulationsgewinne vermieden werden. Der genossenschaftliche Privatverkehr wird besser und mit größtmöglicher Arbeit an den Enden und städtischen Verteilungsstellen; es werden weniger Karosseln auf dem Transport erfordert, wenn die Konsumgenossenschaft die eisitzenden Verluste aus ihren kleinen Reserven decken soll. Der Aufsichtsrat und die Generalversammlung der Genossenschaft sind rücksichtlose Praktiker. Endlich ist auf ein besseres sich gegenseitiges Verstehen der Vertreter von Stadt und Land zu hoffen. Wir Städter sind zum Beispiel dazu, für die so fehlende Butter das Doppelte der bisherigen Preise direkt an die Erzeuger zu zahlen, wenn wir dann mehr Zeit erhalten, um die Bucherpreise von 25 bis 30 %, von denen die meisten Landwirte nichts haben, verbitten zu müssen.

Das ist eine erste Mahnung an alle, die es angeht, diesen gemeinsamen Weg zu gehen. Die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralen haben seit Jahren in jeder Weise ihre Befreiungskräfte zu erkennen gegeben, mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften Hand in Hand zu arbeiten.

Verschiedenes.

Die Leipziger Mustermesse beginnt am 22. Februar und dauert bis 6. März 1920. Die technische Messe wird vom 14. bis 20. März abgehalten. Besondere Unterabteilungen der technischen Messe sind:

Technische Messe für Bau- und Wohnbedarf, Installation, Architektur, alte und neue Baumaterialien, Baustoffe sowie deren Herstellung und Verarbeitung, Baumaterialien und Gerüste, Steinkauanlagen und Ofenhochofen.

Allgemeine technische Einrichtungen, technisches Zeitungswesen und Fachzeitschriften, Ingenieurwesen, Patentverwertung, Fabrikomrichtung.

Möbelfabrik und Möbelschreinerei: Möbeldienst, Grund- und Betriebsstoffe für chemische Fabriken, Maschinenbau und Bauwesen, chemisch-technische und mechanisch-technische Halberzeugnisse.

Gutwurst- und Modellmesse, Verbilligungsstelle für Kliniken und Fabrikanten.

Anmeldungen von Ausstellern und Gönfläserfirmen für die Allgemeine Mustermesse und die Technische Messe sind ausschließlich zu richten an das Ministerium für die Wirtschaft in Leipzig, das auch in allen Angelegenheiten Auskunft gibt.

Gutwurst- und Modellmesse, Verbilligungs-

Stadt und Land aus dem Leben geprägten Beispiele und viele anschaulicher Szenen schlägt er die verschiedenen und abwechselnden Wohnungsgesetze, Mauermaße, Schranken, Mietbeträge, Wasserbeschaffung, Gas- und Abwasserabfuhrungen aus, wobei sich ein ergreifendes Bild vom Wohnungsbau der Großstadt und auch des flachen Landes entwirkt. Besonders wertvoll ist der Nachweis über den Zusammenhang der Wohnungsbefreiung mit der Verbreitung anhaltender Krankheiten, wie Tuberkulose, Malaria, Typhus und d. s. schlimmen Kulturgeschehen, der Zubertulose. Bildet auch die Wohnungsfreizeit mit einer Teil bei sozialen Fragen, die jeder Wohnungsinhaber unter allen Umständen viel zu Wissens- und gehobenen Gelehrten tun kann, da die Hauptmotive nicht in der Freiheit, Unfreiheit und Unsauberkeit liegen, sondern bis zu gewissen Grade wirklich befürchten kann. Schließlich wird der Besitzer des Hauses eine klare Einschätzung darüber gewinnen, worauf es bei der Wahl einer Wohnung ankommt und wie man am besten den bestehenden Wohnungsschäden entgegensteht.

Die soeben erschienene Nr. 8 der „Sozialpolitische Studie“ hat wieder einen reichen Inhalt. Wie machen besonders aufmerksam auf folgende Muster: Volkshochschule von H. Seidel. — Die Frau in der sozialen Parlamente von Hanna Herz. — Die sozialen Durchdringung (im Vorstand zur Kommunalisierung des Buchhandels), von A. H. Büttigold. — Vereinigung der Gemeinden zu Zweckverbänden, von Otto Jansen. — Ausbildung von Kommunalräten. — Forderungen der Gemeinderechte. — Und der Gemeinden. — Literatur.

Die zweimal im Monat erscheinende, je 12 Seiten starke Zeitschrift kostet im Abonnement vierteljährlich 8 M. Berliner Freiheit e. G. m. b. H., Breite Straße 8/9.

Gott a. D. Ein Buch von Grünmann, Spötter und Vergnügningsnehmern. Von Cossellanus. Die Schrift endet im Rückgang zum Sozialismus. Um sie weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf 1 M. (Porto und Buchhandelszuschlag 25 %) festgesetzt. Das Buch kann von jeder Buchhandlung wie auch direkt vom Kommissionsverlag: Verlags Gesellschaft und Erziehung e. G. m. b. H., Berlin-Geschenk, bezogen werden.

Die Wahlordnung zum Gesetz über Gemeindewahlrecht und Abhang, erläutert von G. Kuschauer, ist soeben von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin O. Breite Straße 8/9, herausgegeben worden. Das Gesetz wird bei den bevorstehenden Wahlen zur Ausführung der verschiedenen Bestimmungen gute Dienste tun. Der Preis beträgt 50 Pf.

Sterbetafel.

Berlin. Am 11. Februar starb der Kollege Gustav Dietrich, geboren am 26. Juni 1851 in Halle (Saale).

Am 16. Februar starb der Kollege Edmund Schaubert, geboren am 12. April 1864 in Berlin-Halensee. Am 25. Februar starb unser Mitglied Jacob

28 im Alter von 87 Jahren.

Cie. Am 28. Januar starb unser Mitglied Gottfried Körner im Alter von 80 Jahren. — Am 25. Februar starb unser Kollege Erich Kutscherrichter in der Schäßburg Porz.

Ehre ihrem Einbenden!

Die Woche vom 7. März bis 13. März 1920 ist die 10. Beitragssache.

Lesen Sie das „Neue Ölfreie Grundiertechnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 3,85 MK. postfrei.

Aus dem reichen Inhalt dieses einzügigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: Einführung in die Neue Grundiertechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Anfränen — Anquellen — Vom Grundieren. Heißholz und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung. Das Furenfüllen — Öl- und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfest Anstriche — Lasierte Lackfarben — Das Kronen-Grundierverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmaserungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch ein malen Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Gedrehte Hölzer, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes. Wasserfeste Lackflächen — Die wasserfestesten Weißlackierungen — Weißlackierungen auf rotem Untergrund — Seidenglanzlackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alter Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und Ihre Härtung — Klebende Fenster und Türfarbe, ihre Verthüting und Beseitigung — Isolierung von Auffärbarten — Isolieranstriche auf Teer, Karbolinoleum, verhärteten und verrosteten Decken, Post, Fett- und Schmutzdecken, Wasserfarben — Isolierung von Mattlacken — Weißlackierungen auf Wachsmattecken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Möbelfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstricharbeiten aller Art.

Zu beziehen durch den Verlag des „Vereine-Anzeiger“, Hamburg 36, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für Ölreie Grundiertechnik“, Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 6, oder jede Buchhandlung.

Arbeiter! Angestellte! Betriebsräte!

Bildig, übersichtlich, praktisch volkstümlich ist das „Betriebsräte-Sonderheft“ d. Auskunftsblatt d. Arbeitsmarkts.

Bei sol. Voransbestellz. vorzugsweise 3,50 M. zuzügl. Porto und Nachnahmegebühr. Volksverlag für Politik u. Verkehr, Stuttgart, Kaiserstr. 264.

Gründliche Ausbildung zum Gewerkschafts- und Sachverständigen und Buchhalter im Betriebsleben durch Fernunterricht vom Betriebsleiter. Probebriefe für Schule garantiert.

Frank Wezel, Leipzig, Sachverständiger.

Streichbüsten Pintel aller Art

in Arbeitseigenschaft zu billigen Preisen liefert H. W. Witte, Berlin S. 59, Nichtenstr. 2.

Verbandsmitglieder: Schneide nur Verstärkungen ab bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftl. Verstärkungs-Aktiengelellschaft Hamburg 5.

Verstärkungsblatt

Verstärkungsblatt liegt heute bei.